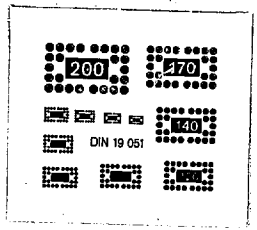

POLITIK
Nr. 8 Sept. 1986 Informationsdienst der SPD

Unser Weg zu Abrüstung und Frieden.

Beschluß zur Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD, Parteitag in Nürnberg 25.-29.8.1986.

Unser Weg zu Abrüstung und Frieden

I. Voraussetzungen sozialdemokratischer Sicherheitspolitik
II. Bündnispartnerschaft im Westen
III. Sicherheitspartnerschaft im Ost-West-Konflikt
IV. Strategie der Kriegsverhütung
V. Wege zur Abrüstung
VI. Streitkräfte, die dem Frieden dienen
VII. Zivilschutz
VIII. Bewegung, die dem Frieden dient

I. Voraussetzungen sozialdemokratischer Sicherheitspolitik

Sozialdemokratische Sicherheitspolitik dient den Frieden und hält Wege für die politische Gestaltung einer menschenwürdigen Zukunft offen.

Das Überleben der Menschheit zu sichern, die Freiheit zur politischen Selbstbestimmung zu wahren und eine gerechte Gesellschaftsordnung zu entwickeln, sind Kernelemente sozialdemokratischer Programmatik.

Eine gerechte Gesellschaftsordnung setzt die Unantastbarkeit der Person ebenso voraus wie die Ausübung der demokratischen Selbstbestimmungsrechte. Der Weg zu einer Friedensordnung zwischen den Völkern kann nicht über den einseitigen Verzicht auf Freiheit, sondern nur über den allseitigen Verzicht auf Gewalt führen.

Innerhalb des neuzeitlichen Rechtsstaates schützen sich die Bürger vor willkürlicher Gewalteinwirkung durch Verfassung und Gewaltverbot. Um dessen Einhaltung durchzusetzen, ist dem Staat das Monopol auf Gewaltmittel gegeben. Die demokratischen Sozialisten erstreben eine internationale Ordnung, die den Allgemeinen Landfrieden des Rechtsstaates auf die Staatengesellschaft überträgt. In ihrem Godesberger Programm fordert die SPD eine „allgemeine und kontrollierte Abrüstung und eine mit Machtmitteln ausgestattete internationale Rechtsordnung, die nationale Landesverteidigungen ablösen wird".

Ziel sozialdemokratischer Friedenspolitik ist eine politische Weltordnung, die sich auf vereinbarte Verfahren der gewaltfreien Regelung von Konflikten gründet und Krieg als Mittel der Politik ausschließt. Ziel sozialdemokratischer Sicherheitspolitik ist es, den Einsatz von militärischen Gewaltmitteln zu verhindern, solange diese nicht beseitigt sind.

Solange es in Europa noch keine Friedensordnung gibt, bedarf die Friedenspolitik der Bundesrepublik Deutschland des Rückhaltes in einer auch militärisch abgestützten und in die Partnerschaft mit den westlichen Demokratien eingebundenen Sicherheitspolitik.

Die europäischen Völker müssen den in den siebziger Jahren eingeschlagenen Weg der Entspannung entschlossen fortsetzen, um damit den Ost-West-Konflikt zu entschärfen und als gewaltfreien Wettbewerb unterschiedlicher politischer Ordnungsvorstellungen auszutragen.

Den Europäern weist die Geschichte und ihre Lage im Zentrum des Ost-West-Konflikts die Aufgabe zu, den Krieg als Mittel der Politik gerade dort auszuschließen, wo die schlimmsten Kriege und die härtesten Konflikte der Neuzeit ausgelöst wurden.

Das Jahrhundert der Weltkriege mit der Errichtung einer die Machtblöcke übergreifenden und schließlich überwindenden europäischen Friedensordnung zu beenden, ist der historische Auftrag der Europäer zur Friedenspolitik. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik soll den jetzt möglichen und nötigen historischen Wandel der Verhaltensweisen im Ost-West-Konflikt stützen.

Wir wollen als demokratische Sozialisten, als Deutsche und als Europäer unseren Beitrag dazu leisten, daß Europa bis zur Jahrhundertwende zu einer Zone des Friedens wird, von der kein Krieg mehr ausgeht und in die kein Krieg hineingetragen werden kann.

II. Bündnispartnerschaft im Westen

Die deutschen Sozialdemokraten sind den demokratischen Freiheitsrechten, der Rechtsstaatlichkeit und den gemeinsamen Grundüberzeugungen der westlichen Demokratien verpflichtet. Die SPD war in ihrer Geschichte wiederholt Gegner und Opfer deutscher Unrechtspolitik. Nach 1945 hat sie die Chance ergriffen, an der Gestaltung und Entwicklung eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates mitzuwirken. Sie widersprach einer Politik, welche die deutsche Spaltung verfestigte. Als — durch diese Politik — die Teilung für unabsehbare Zeit festgeschrieben war, trug die SPD entscheidend dazu bei, daß die Bundesrepublik ein zuverlässiges und geachtetes Glied der westlichen Gemeinschaft wurde.

Die Bundesrepublik ist politisch und militärisch eingebunden in die Europäische Gemeinschaft und in die NATO. Solange die Sowjetunion eine hochgerüstete Supermacht in Europa ist, bedürfen die Westeuropäer der Verbindung mit dem militärischen Gegengewicht der USA. Die Bundesrepublik findet das für uns erreichbare Maß an Sicherheit nur mit ihren Partnern und nur dann, wenn sie ihre eigenen Sicherheitsinteressen innerhalb des Bündnisses definieren, einbringen und durchsetzen kann.

Der Zweck des Bündnisses ist im NATO-Vertrag eindeutig als gewaltfreie Konfliktregelung im Sinne der UN-Charta und als gemeinsame Verteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs bestimmt.

Die Willensbildung im Bündnis muß den Beziehungen souveräner Vertragspartner entsprechen und auf die vitalen Interessen seiner Mitglieder Rücksicht nehmen. Die Sicherheitsinteressen aller Partner müssen in die Willensbildung des Bündnisses Eingang finden. Grundentscheidungen, wie die über eine Bündnisstrategie, gelten für alle und können nur abgelöst werden durch neue Übereinkünfte.

Die Stabilität der Brücke über den Nordatlantik beruht auf der politischen Stärke ihrer beiden Pfeiler: USA und Westeuropa. Es dient dem Bündnis, wenn die Bundesrepublik Deutschland ihre Sicherheitsinteressen klar zum Ausdruck bringt und die Westeuropäer künftig eine eigenständige Rolle im Bündnis übernehmen, um ihren verteidigungs- und entspannungspolitischen Interessen Geltung zu verschaffen.

Das Bündnis ist geographisch auf den nordatlantischen Raum begrenzt. Im Rahmen einer regional beschränkten und strikt defensiven Aufgabenstellung soll das Bündnis in seinem Geltungsbereich zur Kriegsverhütung beitragen und verhindern, daß aus anderen Krisenherden Krieg in diesen Bereich hineingetragen wird. Das NATO-Gebiet darf nicht Gegenstand „horizontaler Eskalation" werden. Deshalb dürfen NATO-Einrichtungen gegen den Willen des Staates, in dem sie liegen, nicht von Bündnismitgliedern für militärische Aktionen gegen Dritte benutzt werden. Bestehende Vereinbarungen sind zu überprüfen.

C87-644
Bibliothek

Sicherheit nicht nur auf die Fähigkeit zur Verteidigung, sondern zugleich auf den Willen zur Entspannung zu gründen, gehört zu den fundamentalen Grundsätzen des Bündnisses. Die Sozialdemokraten fordern die Einlösung dieser Grundaussage der NATO. Es muß Ziel der Allianz bleiben, „eine gerechte und dauernde Friedensordnung in Europa mit geeigneten Sicherheitsgarantien zu erreichen". Auf dieser Grundlage muß die NATO dazu beitragen, den Ost-West-Konflikt zu entmilitarisieren.

Dieser Konflikt vollzieht sich zwischen den reichen Ländern der nördlichen Hemisphäre. Deren wichtigster Beitrag zur Überwindung von Armut, Hunger und Unterentwicklung auf der südlichen Hemisphäre wäre eine Beseitigung der ständig drohenden Kriegsgefahr durch eine dauerhafte Friedensordnung. Die im Wettrüsten gebundenen politischen und materiellen Energien müssen umgewidmet werden; dadurch würde die Völkergemeinschaft in die Lage versetzt, sich den eigentlichen Problemen der Menschheit zuzuwenden.

Eine Sicherheitspolitik, die sich ausschließlich auf Europa konzentriert, birgt unkalkulierbare Risiken. Internationale Verflechtungen ermöglichen eine Übertragung von Krisen aus Ländern der Dritten Welt nach Europa. Sicherheit bei uns ist daher nicht mehr abzukoppeln von der Suche nach gerechten Lösungen der Probleme der Dritten Welt.

Soziale und wirtschaftliche Umwälzungen in den Entwicklungsländern führen zu inner- und zwischenstaatlichen Konflikten. Je ungerechter die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen sind, desto mehr werden Spannungen und Kriege die Dritte Welt erschüttern. Die Politik der Großmächte bringt dabei keine Entlastung. Das Gegenteil ist der Fall. Seit Beginn der 80er Jahre werden Konflikte in Ländern der Dritten Welt, die sich tatsächlich in katastrophalen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen gründen, wieder verstärkt ideologisiert und als Folgen des Ost-West-Gegensatzes uminterpretiert. Statt bei der Beseitigung der eigentlichen Ursachen zu helfen, nutzen die Großmächte diese Konflikte im Sinne eigener machtpolitischer Interessen und zugunsten einer Legitimation ihrer Aufrüstungsprogramme.

III. Sicherheitspartnerschaft im Ost-West-Konflikt

Die Völker im Ost-West-Konflikt werden entweder gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen. Im Zentrum dieses Konflikts leben die Völker Europas in der Region mit der höchsten Rüstungsdichte unserer Erde. Ein Krieg würde die Grundlagen der Existenz aller vernichten. Die Europäer in West und Ost leben in einer Gefährdungsgemeinschaft und können deshalb ihre Sicherheit nur gemeinsam wahren.

Der Rüstungswettlauf der vergangenen Jahrzehnte lehrt: Niemand kann seine Verletzlichkeit wegrüsten, niemand kann Sicherheit errüsten. Die eigene Sicherheit verlangt immer auch die Sicherheit des anderen. Trotz gegensätzlicher politischer Ordnungen müssen die in den Ost-West-Konflikt verwickelten Staaten ihre elementaren Sicherheitsinteressen gegenseitig anerkennen. Die Auflösung des Konflikts kann nicht zur Voraussetzung für Frieden gemacht werden. Der Widerstreit der politischen Systeme kann nur im friedlichen Wettbewerb, nicht im Krieg ausgetragen werden.

Die gemeinsame Gefährdung läßt dem Gegner im Wettstreit der Systeme keinen anderen Ausweg, als gemeinsame Verfahren der Konfliktbewältigung zu entwickeln. Gegensätzliche Ideologien dürfen sie nicht daran hindern, das gemeinsame Problem der Kriegsverhütung zu lösen. Die Europäer in Ost und West können nur in einer Sicherheitspartnerschaft überleben.

Immer noch beherrschen Angst, Drohung und Gegendrohung sicherheitspolitisches Denken. Sie können nur im gemeinsamen Bemühen um Realismus überwunden werden. Solange man Rüstungsprogramme und strategische Planungen mit der Annahme des schlimmsten Falles begründet, werden keine Sicherheitsprobleme gelöst, sondern neue geschaffen. Das allseitige Gefühl des Bedrohtseins — eine der Ursachen und Folgen des Wettrüstens zugleich — kann nur durch eine Politik der vereinbarten Sicherheit zwischen den Blöcken überwunden werden.

Der grundlegende Beitrag für die Stabilität in Europa ist die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung vor der Integrität und Souveränität aller Staaten in ihren gegenwärtigen Grenzen in Europa. Die unter der Regierungsverantwortung der SPD verfolgte Ostpolitik war auf Verständigung mit den Staaten Osteuropas und auf gegenseitige Anerkennung der Sicherheitsinteressen ausgerichtet. Auch die konservative Bundesregierung hat sich dieser Politik nicht entziehen können. Durch den Widerstand des rechten Flügels der Union in tiefe Widersprüche verwickelt, hat diese Bundesregierung deutsche Interessen im Bündnis nur halbherzig vertreten. Es ist das Gebot der Stunde, in einer zweiten Phase der Entspannungspolitik eine Politik der Sicherheitspartnerschaft zu gestalten, die zu mehr Sicherheit durch Abrüstung führt und Europa zu einer Zone des Friedens macht.

Die beiden deutschen Staaten tragen eine gemeinsame Verantwortung für das gesicherte Zusammenleben der europäischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Deshalb müssen, vor allem auch die deutsch-deutschen Beziehungen den Willen zu einer gesamteuropäischen Friedensordnung spiegeln, die die in Europa bestehenden Grenzen respektiert, aber ihren trennenden Charakter überwindet. Wo die beiden deutschen Staaten ein Beispiel für den Weg zur Sicherheitspartnerschaft geben, beschreiten sie keinen deutschen Sonderweg. Sie werben und wirken in ihren Bündnissen für Ziele, die sie nicht allein erreichen können.

Wenn die europäische Friedensordnung, wie sie Sozialdemokraten fordern, Realität geworden ist, werden die Bündnisse ihre Bedeutung verloren und ihre Aufgaben erfüllt haben.

Heute müssen die Bündnisse den sicherheitspolitischen Wandel zwischen den Blöcken einleiten und damit dauerhafte Stabilität begründen.

IV. Strategie der Kriegsverhütung

Militärisch kann der Ost-West-Konflikt nicht entschieden werden. Atomare Abschreckung kann den Krieg nicht dauerhaft verhindern. Neue Schübe der Rüstungstechnik gefährden die sicherheitspolitische Stabilität und verschwenden lebensnotwendige Ressourcen der Völker. Die gegenwärtig bevorstehende Runde der Weltraumrüstung gefährdet weltweit die sicherheitspolitische Stabilität. Obwohl die Regierungen in Ost und West Frieden zum Ziel ihrer Politik und Kriegsverhinderung zum Zweck ihrer Rüstung erklärt haben, unterhalten sie militärische Mittel und rüsten sich mit immer neuen und gefährlicheren Waffensystemen in einer Größenordnung aus, als ob jederzeit mit dem Ausbruch eines Krieges zu rechnen sei. Es gilt, diesen sicherheitspolitischen Widerspruch aufzulösen.

Wir brauchen eine NATO-Strategie, die auf den frühen oder sogar Ersteinsatz von Atomwaffen verzichtet.

Denn eine Strategie, die im Ernstfall vernichten würde, was geschützt werden soll, ist unglaubwürdig und unakzeptabel.

Die SPD fordert, die NATO-Strategie der Kriegsverhütung nach folgenden Kriterien zu verändern:

1. Die militärische Strategie des gesamten Bündnisses muß seiner politischen Zielsetzung — Verteidigungsfähigkeit und Entspannungsbereitschaft — entsprechen.

2. Struktur und Bewaffnung der NATO-Streitkräfte müssen unverwechselbar der Verteidigung dienen und dürfen dem Ziel einer europäischen Friedensordnung nicht entgegenstehen.

3. Bündnisstrategie und Streitkräftestrukturen müssen Vereinbarungen über eine wesentliche Verminderung von Truppen und Waffen in Europa fördern. Das gleiche gilt auch für Vereinbarungen über militärische Optionen und rüstungstechnische Entwicklungen.

4. Die Struktur und Bewaffnung der Streitkräfte müssen zur Vorneverteidigung glaubhaft befähigen; das heißt, die Streitkräfte müssen jeden potentiellen Angreifer mit einem untragbaren militärischen Risiko belasten.

Sie dürfen auf keinen Fall zu einem grenzüberschreitenden, raumgreifenden Angriff operativ geeignet sein. Strukturen und Bewaffnungen, die sich auf eine wirksame Verteidigung beschränken, bedeuten kein Entgegenkommen an die Warschauer Vertrags-Organisation, sondern Selbstschutz unseres Landes. Dieser Weg ist deshalb zunächst nicht davon abhängig, daß die östliche Seite ihn sofort und zeitgleich mitgeht.

5. Die militärischen Kräfte des Bündnisses sollen nach dem Prinzip der Hinlänglichkeit bemessen sein und keine Anreize zum Wettrüsten bieten.

6. Die für das strategische Konzept erforderlichen Kosten der Verteidigung dürfen die sozialen und wirtschaftlichen Ressourcen der Bündnismitglieder nicht überfordern. Sie dürfen die soziale und wirtschaftliche Stabilität nicht untergraben.

7. In Krisensituationen muß das Bündnis zur politischen Krisenbewältigung befähigt und von Eskalationszwängen frei sein. Im Bündnis muß gelten, daß es weder konventionelle noch atomare Waffen zuerst einsetzen wird. Ein entsprechendes Gewaltverzichtsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt erscheint möglich und sollte unverzüglich abgeschlossen werden.

8. Die Verteidigungsstruktur soll die multinationale Zusammensetzung des Bündnisses spiegeln und jeden Angreifer mit den Streitkräften der Bündnispartner konfrontieren.

9. Das Bundnis muß die politischen und militärischen Besorgnisse unserer östlichen Nachbarn berücksichtigen. Es muß deshalb in besonderer Weise den defensiven Charakter seiner Strategie durch die Betonung der grenznahen Verteidigung zum Ausdruck bringen.

10. Wir bekräftigen den Beschluß von Essen: Unser Ziel ist es, auf der Grundlage einer Sicherheitspartnerschaft der bestehenden Bündnisse eine europäische Friedensordnung zu schaffen, die diese Blöcke überwindet.

Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird im Bündnis auf Veränderungen der Bündnisstrategie im Sinne dieser Kriterien drängen. Konzepte wie „AirLand Battle", „AirLand Battle 2000" und „deep strike" lehnt die SPD daher ab.

Wir fordern den Warschauer Pakt auf, seinen Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit zu leisten. Dazu muß er vor allem seine Strategie der Vorwärtsverteidigung aufgeben. Wir stellen fest, daß die Stationierung von sowjetischen Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite in der DDR und der CSSR die Bedrohung erhöht hat und ihr militärischer Sinn den Erklärungen der Sowjetunion zum Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen widerspricht.

Auch die Staaten des Warschauer Paktes müssen sich auf die Vorneverteidigung ihres Territoriums beschränken. Ihre Streitkräfte müssen auf die Fähigkeit zur raumgreifenden Offensive verzichten und ihre Doktrin ändern, derzufolge die Verteidigung auf westdeutschem und westeuropäischem Boden stattfinden soll.

Wir erstreben eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit auf beiden Seiten der Blockgrenzen. Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit setzt nicht nur Streitkräfte voraus, die nach militärischer Strategie, Ausbildung, Struktur, Stärke und Bewaffnung zu einem raumgreifenden Angriff ungeeignet sind, sondern braucht auch ein politisches Klima und eine Politik, die nicht von Feindbildern, irrationalen Bedrohungsvorstellungen und der Tendenz zu gewaltsamer Konfliktlösung geprägt werden.

Die politischen Ziele der Bündnisse und die militärischen Mittel dürfen einander nicht widersprechen.

Zu den Verfahren, die geeignet sind, das Bewußtsein gemeinsamer Sicherheit zu stärken, gehören regelmäßige Gespräche zwischen Ost und West über Strategie und Streitkräftestrukturen.

V. Wege zur Abrüstung

Mit der sicherheitspolitischen Vertrauensbildung muß die Verminderung der Rüstungen einhergehen. Der Weg zur Abrüstung führt über die Begrenzung der bestehenden Rüstungspotentiale. Verhandlungen und Verträge über die Kontrolle, Begrenzung und Verminderung der Rüstungen sind Instrumente gemeinsamer Sicherheit. Innerhalb einer insgesamt als stabil wahrgenommenen strategischen Situation kann man partielle Über- und Unterlegenheiten hinnehmen. Begrenzte selbständige Schritte zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, die die Verteidigungsfähigkeit nicht gefährden, können aber notwendige Verhandlungen einleiten, erleichtern und über tote Punkte hinwegbringen. Wo die Gegenseite solche Schritte unternimmt, müssen sie konstruktiv durch entsprechende Schritte beantwortet werden. Der Abbau von Rüstungen soll mit dem Aufbau kooperativer Beziehungen einhergehen.

Vertrauensbildung und Rüstungsbegrenzung dienen den Sicherheitsinteressen aller Partner und fördern das Verständnis für die Denkweisen des Gegenüber. Solche Instrumente gemeinsamer Sicherheit dürfen nicht als Druckmittel mißbraucht werden.

Die deutsche Ostpolitik hat die Entstehung eines europäischen Beziehungsgeflechtes begünstigt. In Zeiten erneuter Spannung im Ost-West-Verhältnis hat dieses Geflecht bereits mäßigend gewirkt. Es darf nicht durch das Wiederaufleben nationalistischer oder revisionistischer Forderungen gefährdet werden.

Die Sozialdemokraten wollen das entspannungspolitische Netz der Vertrauensbildung und der Rüstungskontrolle fester knüpfen, um endlich zu wirksamen Abrüstungsvereinbarungen zu kommen. Die Eigendynamik des Wettrüstens soll von einer Eigendynamik der Entspannung abgelöst werden.

Vereinbarungen über Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle sollen Wege zur Abrüstung dadurch öffnen, daß sie am Ziel gemeinsamer Sicherheit orientiert sind. Die schrittweise Durchsetzung des Grundsatzes gemeinsamer Sicherheit soll den Frieden in Europa stabiler machen. Die Vereinbarung gemeinsamer Sicherheit durch Verhandlungen ist ein entscheidender Schritt zu dem langfristigen Ziel einer Entmilitarisierung des Macht- und Systemkonflikts zwischen Ost und West.

In dem Bewußtsein, daß es keinen absolut sicheren Weg zu einem dauerhaften Frieden gibt, zieht die SPD der Risikobereitschaft zum Krieg die Risikobereitschaft zum Frieden vor. Die SPD erklärt deshalb:

1. Wir bekräftigen den Verzicht auf Androhung und Anwendung von Gewalt, nuklear wie konventionell. Die Instrumente militärischer Gewalt müssen tatsächlich und Schritt für Schritt begrenzt und vermindert werden. Nur so wird ein allgemeiner Gewaltverzicht glaubwürdig. Ein Abkommen über den Verzicht auf Gewalt — nuklear wie konventionell — zwischen den Staaten der Bündnisse ist ein erster Schritt auf diesem Weg.

2. Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) soll das Forum für die Entwicklung einer europäischen Friedensordnung im Geist der Schlußakte von Helsinki werden.

3. Die Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) soll eine Vereinbarung treffen, die gegenseitig vor Überraschungsangriffen schützt und dadurch Vertrauen schafft. Die Wiener Konferenz für eine ausgewogene Truppenverminderung (MBFR) soll eine rasche Truppenverminderung auf ein gleiches, niedrigeres Niveau vereinbaren. Beide Abkommen werden die konventionelle Stabilität in Europa erhöhen und die Beseitigung der Atomwaffen auf beiden Seiten erleichtern.

4. Eine Ständige Beratungsgruppe zur Europäischen Sicherheit soll die Einhaltung der vereinbarten Maßnahmen zur Vertrauensbildung überwachen, die Anmeldung der Truppenbewegungen registrieren und Zweifelsfragen klären. Diese Ständige Beratungsgruppe soll auf zwei Ebenen eingerichtet werden.

Auf der politischen Ebene bilden Vertreter beider Bündnisse, der blockfreien und der neutralen Staaten das politisch verantwortliche Beratungsgremium. Ihm wird ein ständiges Sekretariat zur Seite gestellt, das aus Diplomaten und Soldaten der beteiligten Staaten zusammengesetzt ist. Die ständige Beratungsgruppe könnte der Beginn für den Aufbau einer gesamteuropäischen Sicherheitsorganisation werden, die im Fall von Spannungen zur blockübergreifenden Krisenbewältigung beiträgt.

5. In den MBFR-Verhandlungen muß der Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozeß in Mitteleuropa endlich vorangetrieben werden.

Erste Schritte hierzu sollen sein, daß sofort

- politische Initiativen ergriffen werden, die zu einer tatsächlichen Reduzierung der Streitkräfte auf jeweils 900 000 Soldaten im MBFR-Raum führen;

- eine Vereinbarung über die Reduzierungsquoten getroffen wird, wonach auf keiner Seite ein Teilnehmer über mehr als 50% der Gesamtstärke verfügen darf;

- Obergrenzen von zunächst 700 000 Soldaten der Land- und 200 000 Soldaten der Luftstreitkräfte festgelegt werden;

- das Thema der Waffenreduzierungen in die Verhandlungen aufgenommen wird.

Über die bisherigen MBFR-Vorschläge hinausreichend muß es das Ziel der Wiener Verhandlungen werden, die konventionellen Massenheere und Rüstungen in Europa drastisch zu verringern.

6. USA und Sowjetunion dürfen in Genf nicht bei symbolischen Vereinbarungen stehenbleiben, sondern müssen tiefe Einschnitte in den Umfang ihrer Kernwaffenarsenale vereinbaren und tatsächlich vornehmen.

Damit die Verhandlungen nicht zum Deckmantel beschleunigter Aufrüstung werden können, dürfen während der Abrüstungsverhandlungen keine weiteren Waffenstationierungen erfolgen oder neue Grauzonen entstehen. Deshalb betont die SPD ihre Übereinstimmung mit dem Appell der sechs Staats- und Regierungschefs aus vier Kontinenten in ihrer Erklärung von Neu-Delhi am 31. Januar 1985: Beide Seiten sollen sich verpflichten, während der Verhandlungen über Einzelheiten eines Abrüstungspaketes ihre nuklearen Arsenale einzufrieren und insbesondere sofort auf

- die Stationierung neuer Atomwaffen und ihrer Trägersysteme,

- Tests von Atomsprengköpfen sowie

- Entwicklung und Tests von Antisatelliten- und anderen Weltraumwaffen zu verzichten.

Ein Einfrieren soll die Verhandlungen fördern, deren Ziel tiefe Einschnitte in die Offensivpotentiale sind. Nur durch eine drastische Verminderung der Potentiale können die atomaren Großmächte ihre Verpflichtung aus dem Nichtweiterverbreitungsvertrag zur atomaren Abrüstung erfüllen.

Der ABM-Vertrag ist strikt einzuhalten und darf nicht durch SDI oder eine Europäische Verteidigungsinitiative (EVI) untergraben werden. Eine SPD-geführte Bundesregierung wird sich weder an SDI noch an EVI beteiligen.

Die SPD tritt also mit Entschiedenheit dem SDI-Projekt und Plänen für ein europäisches SDI entgegen. Es führt zu weiterer Aufrüstung. Es verschlingt enorme finanzielle Mittel. Den Frieden mit technischen Mitteln zu erzwingen, ist eine Wahnvorstellung, die den Frieden zusätzlich gefährdet. Friede ist eine politische Aufgabe. Der destabilisierende Charakter von Kurz- und Mittelstreckenwaffen kann nur durch ihren vollständigen Abzug und nicht durch neue Rüstungsmaßnahmen beseitigt werden. Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird die SDI-Regierungsabkommen kündigen.

Dem Dilemma der atomaren Rüstung kann man nicht durch neue Rüstungstechniken, sondern nur durch politische Lösungen entkommen. Es ist vernünftiger, Raketen durch Verträge abzubauen, als eine Raketenabwehr aufzubauen.

Die Völker der Welt, die sich um Nahrung und die Befriedigung der elementarsten Lebensbedürfnisse sorgen, ebenso wie die junge Generation, die diese Welt verstehen und gestalten soll, erwarten hier und jetzt, daß der Irrweg der Hochrüstung aufgegeben wird. Die Supermächte können und müssen in Genf ein Zeichen setzen.

7. Eine SPD-geführte Bundesregierung strebt das völkerrechtliche Verbot unterschiedsloser Kriegführung an. Sie wird unverzüglich die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum Genfer Rotkreuzabkommen über den Schutz der Opfer internationaler bewaffner Konflikte (Protokoll I) — und zwar ohne jeden nuklearen oder anderen Vorbehalt — einleiten.

8. Die defensive Ausrichtung der Bündnisse verlangt militärische Strukturen, die keinen Anreiz für präventive oder zuvorkommende Angriffe bieten. Es liegt im Interesse der Sicherheit Europas, den beiderseitigen Abzug von nuklearen Mittel- und Kurzstreckenwaffen zu vereinbaren, die innerhalb weniger Minuten unmittelbar die Existenz ganzer Länder bedrohen können.

Als Europäer weisen wir die Atommächte darauf hin, daß in unserer Region auch Kernwaffen mittlerer und kurzer Reichweite den Charakter strategischer Waffen haben. Die Stationierung neuer Kernwaffenträger mittlerer und kurzer Reichweite in europäischen Ländern hat die strategische Situation nicht stabiler gemacht. Die SPD fordert die USA und die Sowjetunion auf, diese Waffen wieder zu entfernen.

Im Einklang mit dem Beschluß des Essener Parteitags fordert die SPD

— von den USA einen Aufstellungsstopp und die Rücknahme der Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles,

— von der UdSSR den unverzüglichen Abbau der im Gegenzug in der DDR und der CSSR aufgestellten Raketen sowie eine drastische Verminderung der SS 20 auf einen Stand von 1979.

Zur Verwirklichung dieser Ziele werden zu Beginn der neuen Legislaturperiode eine sozialdemokratische Bundesregierung Verhandlungen aufnehmen und die sozialdemokratische Bundestagsfraktion die Aufhebung des Beschlusses vom 22. 11. 1983 beantragen, um der unter der konservativen Bundesregierung beschlossenen Stationierung dieser Waffen die parlamentarische Legitimation zu entziehen und der Bundesregierung die volle Handlungsfreiheit zurückzugeben.

Nach den enttäuschenden Erfahrungen mit der ersten Genfer Verhandlungsrunde erwarten die Sozialdemokraten, daß die neuen Verhandlungen auf Waffen kurzer Reichweite ausgedehnt und auf beiden Seiten mit dem erkennbaren Willen zum Erfolg geführt werden.

Wo lebenswichtige Interessen europäischer Staaten auf dem Spiel stehen, werden sie eigene Initiativen ergreifen und sich nicht einfach mit der Ergebnislosigkeit von Verhandlungen zwischen den Weltmächten abfinden.

Darüber hinaus unterstützen wir die Vorschläge zur völligen Beseitigung der Mittelstreckenraketen in ganz Europa. Wir bitten Frankreich und Großbritannien, als europäische Atommächte an dem Prozeß zur atomaren Rüstungsbegrenzung und Abrüstung teilzunehmen.

9. Besonders dringlich für die Bundesrepublik Deutschland ist die Beseitigung der atomaren Gefechtsfeldwaffen. Als erste Maßnahme ist ein atomwaffenfreier Korridor in Mitteleuropa in Anlehnung an die Vorschläge der Palme-Kommission einzurichten. Eine westeuropäische Atomstreitmacht lehnen wir ab.

Ziel der SPD ist die schrittweise Schaffung eines von Atomwaffen freien Europas. Ein wesentlicher Schritt könnte der Abbau aller atomaren Kurz- und Mittelstreckenwaffen der Großmächte sein, die in Europa stationiert sind oder Europa bedrohen.

Weil Atomwaffenfreiheit nicht einen konventionellen Krieg wahrscheinlicher machen soll, muß konventionelle Stabilität auf möglichst niedrigem Niveau mit dem atomaren Abbau einhergehen; sie muß die Fähigkeit des westlichen Verteidigungsbündnisses enthalten, einen möglichen konventionellen Angriff mit einem untragbaren Risiko zu belasten.

Die Verminderung von Kernwaffen darf nicht durch konventionelle Aufrüstung, und konventionelle Abrüstung darf nicht durch neue Kernwaffen ersetzt werden. Deshalb müssen Verhandlungen zum Rüstungsabbau auch die Struktur der Militärpotentiale und die militärischen Handlungsmöglichkeiten zum Gegenstand haben.

10. Chemische Waffen eigenen sich ebenso wie biologische Waffen weder zur Verteidigung noch zur Abschreckung. Ein umfassendes Verbot chemischer Waffen ist in der Genfer Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen zu vereinbaren. Solange ein solcher Vertrag noch nicht besteht und die Bestände an chemischen Waffen noch nicht vernichtet sind, dürfen die chemischen Waffen in Ost und West nicht modernisiert werden. Einer Stationierung modernisierter chemischer Waffen auf dem Boden der Bundesrepublik stimmt die SPD nicht zu.

Wir fordern den Abzug der vorhandenen chemischen Waffen und für die Übergangszeit bis zur Ächtung und Vernichtung eine chemiewaffenfreie Zone in Europa. Ein Modell für eine solche regionale Lösung haben Vertreter der SPD-Bundestagsfraktion und der SED erarbeitet. Es ist ein Modell für einen tatsächlichen Abrüstungsschritt in Europa und ein ermutigendes Beispiel für die Politik der gemeinsamen Sicherheit.

Eine SPD-geführte Regierung würde sofort Schritte mit dem Ziel einleiten, einen entsprechend wirksamen Völkerrechtsvertrag abzuschließen.

VI. Streitkräfte, die dem Frieden dienen

Die Bundeswehr hat sich in den drei Jahrzehnten ihres Bestehens zu einem verläßlichen Instrument der Verteidigung im Bündnis entwickelt. Auf dem Höhepunkt der Konfrontation zwischen Ost und West gegründet, unter schwierigen Umständen aufgebaut, in die Normalität staatlicher Institutionen hineingewachsen, hat sie ihren Beitrag zur Erhaltung des Friedens leisten können. Die im Konsens der großen Parteien ins Grundgesetz aufgenommene Wehrverfassung hat sich als tragfähig erwiesen. Die gesellschaftliche Einbindung der Soldaten ist vollzogen. Die Bündnispartner haben die deutschen Streitkräfte und ihre Führung gleichberechtigt aufgenommen.

Die Bundeswehr hat durch ihre Leistung den Status der Bundesrepublik und die Möglichkeiten der Mitsprache im Bündnis verbessert und zur Stabilität der westlichen Allianz beigetragen. Dies war mit eine wichtige Voraussetzung der erfolgreichen Ostpolitik. Die Bundeswehr ist mit der Politik der Entspannung und der Rüstungskontrolle verbunden. Offiziere der Bundeswehr sind Mitglieder von Delegationen europäischer Sicherheits- und Rüstungskontrollkonferenzen, sie wirken an den Verhandlungen konzeptionell und praktisch mit.

Die Bundeswehr hat keine leichte Aufgabe zu erfüllen. Ihr nicht nur an Jahrestagen zu danken, sondern ihre Probleme rechtzeitig aufzugreifen, bleibt eine Anforderung an jede Bundesregierung. Die Mittel müssen den Aufgaben angemessen sein, für die der Bund Streitkräfte unterhält.

In den neunziger Jahren wird die Zahl der Wehrpflichtigen abnehmen. Die verfügbaren finanziellen Mittel werden nicht zunehmen. Das strategische Konzept und das Rüstungsprofil werden sich verändern. Die Streitkräfte können nicht die Last verdrängter Probleme und einer widersprüchlichen Sicherheitspolitik tragen. Der Auftrag der Bundeswehr muß nicht nur für die Gesellschaft nachvollziehbar und akzeptabel, er muß auch für die Soldaten erfüllbar sein.

Zur Weiterentwicklung der Bundeswehr fordert die SPD:

1. Die Bundeswehrplanung für die kommenden Jahrzehnte muß den Erfordernissen der Vorneverteidigung gerecht werden und sich an dem Ziel der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit orientieren. Da die von der Bundesregierung vorgelegte Bundeswehrplanung diesen Ansprüchen nicht entspricht, lehnt die SPD sie ab.

2. Eine Reform der Streitkräftestruktur muß dem Ausbau der stabilitätsfördernden Fähigkeit zur Vorneverteidigung dienen und insbesondere die Funktion der Panzerabwehr, der Sperren und der Luftverteidigung stärken. Die Struktur der Streitkräfte soll die Fähigkeit zur politischen Krisenbewältigung stärken; sie darf keinesfalls krisenverschärfende Wirkungen erzeugen.

Der personelle Verteidigungsumfang muß qualitativ verbessert werden. Der personelle Friedensumfang muß

— eine grenznahe Deckung ermöglichen, die vor vollendeten Tatsachen durch Überraschungsangriffe wirksam schützt,

— ausreichen, um in einer Krise die Heranführung alliierter Streitkräfte zu sichern,

— Vereinbarungen und deutschen Zusagen im Rahmen der Vorneverteidigung entsprechen.

3. Im Rahmen dieser Erfordernisse

a) müssen größere Teile der Streitkräfte auf Kaderverbände reduziert und Präsenzlücken durch Verfügungsbereitschaft und Reservisten abgedeckt werden,

b) muß das Ausbildungssystem so gestaltet werden, daß jeder Wehrpflichtige am Ende seines Grundwehrdienstes für seine zukünftige Verwendung als Reservist ausgebildet ist,

c) lehnt die SPD die Verlängerung des Wehrdienstes auf 18 und des Ersatzdienstes auf 24 Monate ab und wird beides rückgängig machen. Die Verlängerung führt zu einer Ausweitung der heute schon zu beklagenden Unterbeschäftigung vieler Wehrpflichtiger in den Kasernen und lenkt ab von der auch aus anderen Gründen dringend erforderlichen Änderung der Bundeswehrstruktur,

d) lehnt die SPD eine Heranziehung von Frauen als Soldaten außerhalb des Sanitätsdienstes ab.

4. Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird als ersten Schritt den Verteidigungshaushalt zurückführen auf den Anteil, den dieser am Gesamthaushalt der letzten sozialdemokratisch geführten Bundesregierung hatte. Der notwendige Umbau der Bundeswehr hin auf eine defensive Struktur und Bewaffnung soll während der 90er Jahre den Weg freimachen für beträchtliche Kürzungen. Durch Ost-West-Vereinbarungen über Truppenabbau und Rüstungsbegrenzung in Europa würde dies wesentlich erleichtert.

Die SPD lehnt den Aufbau von Produktionskapazitäten für den Rüstungsexport ab und warnt vor dem wachsenden Einfluß des militärisch-industriellen Komplexes. Sicherheitspolitische Entscheidungen dürfen nicht von rüstungswirtschaftlichen Interessen bestimmt werden. Die SPD unterstützt den von der Bundestagsfraktion eingebrachten Gesetzentwurf (v. 23. 5. 1985) zur Begrenzung des Rüstungsexportes.

Die SPD fordert die Unternehmen der Rüstungsindustrie auf, ihre Abhängigkeit von Rüstungsaufträgen abzubauen. In besonders schwierig gelagerten Fällen können zur Aufrechterhaltung von Arbeitsplätzen auch Hilfen zur Umstellung der Produktion auf zivile Produkte gewährt werden.

Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird eine Stiftung zur Förderung der Rüstungskonversion errichten sowie ein staatliches Investitionsprogramm zur Förderung der Produktion zivil nützlicher Güter in bisherigen Rüstungsunternehmen auflegen.

5. In ihrer Tradition, für das Volksheer einzutreten, hält die SPD am Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht fest. Durch die wehrpflichtigen Soldaten ist die Bundeswehr stets mit der gesellschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik verbunden. Die Wehrpflicht sorgt dafür, daß die Streitkräfte der Bundesrepublik den technischen Ausbildungsstandard eines entwickelten Industrielandes haben. Darüber hinaus werden die Bürger durch die Wehrpflicht ständig an ihre gemeinsame politische Verantwortung für den Frieden erinnert. Für wehrübende Reservisten muß jede wirtschaftliche und rechtliche Benachteiligung ausgeschlossen sein.

6. Das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung darf nicht wie gegenwärtig durch eine überhöhte Dauer des Zivildienstes ausgehöhlt werden. Die SPD ist für die Abschaffung der nach ihrer Auffassung nicht vertretbaren Gewissensprüfung. Heute muß die SPD nicht nur an den Wortlaut des Grundgesetzes erinnern, sondern auch daran, daß es im Interesse der Bundeswehrsoldaten selbst liegt, den Dienst in den Streitkräften unter der Voraussetzung antreten zu können, daß auch die Anerkennung der Kriegsdienstverweigerer nach allgemein akzeptierten, gerechten Regeln erfolgt. Wehrpflichtige wie Zivildienstleistende tun ihren Dienst in dem Bewußtsein, damit dem Frieden zu dienen.

7. Die Ausbildung der Soldaten aller Dienstgrade muß den anspruchsvollen Aufgaben moderner, hochtechnisierter Streitkräfte entsprechen und im Bildungssystem der Bundesrepublik verankert sein. Die SPD fordert, der Aus- und ständigen Weiterbildung der Offiziere und Feldwebel in der Menschenführung erhöhte Bedeutung zu geben; die Ausbildung der Unteroffiziere ist grundlegend zu verbessern. Junge Unteroffiziere tragen im täglichen Umgang mit den wehrpflichtigen Soldaten einen wesentlichen Teil der Last einer Wehrpflichtarmee. Sie haben Anspruch auf eine angemessene Ausbildung.

Die Personalführung der Bundeswehr muß in der Lage sein, die Soldaten ihrer Leistung entsprechend zu fördern. Die Soldaten müssen dieselben beruflichen Chancen und Aufstiegsmöglichkeiten haben wie andere Angehörige des öffentlichen Dienstes.

Die Dienstzeitbelastung der Soldaten muß auf ein verantwortbares Maß zurückgeführt und gesetzlich geregelt werden.

8. Das Leitbild vom Staatsbürger in Uniform und das Konzept der Inneren Führung haben die Bundeswehr seit ihrer Gründung mit der demokratischen Verfassung und der pluralistischen Gesellschaft verbunden. Es zeigte sich, daß die Bundeswehr auf dieser Grundlage sowohl dem gesellschaftlichen Wandel als auch den Entwicklungen der Technik gewachsen war. Dennoch mußten die Wehrbeauftragten immer wieder auf Mißstände im Führungsverhalten der Vorgesetzten, ja auf Grundrechtsverletzungen hinweisen. Die Gestaltung des täglichen Dienstes weicht noch immer zu oft von den erklärten Führungszielen ab. Die SPD fordert von den Soldaten und ihrer Führung die Wahrung und Weiterentwicklung der Grundsätze der Inneren Führung.

Die SPD wird deshalb besonders darauf achten, daß Soldaten — mit ihren unterschiedlichen Meinungen — aktiv, offen und in der Öffentlichkeit an der Diskussion über Grundfragen des Soldatenberufs und der Sicherheitspolitik teilnehmen können. Wer Freiheit und Recht verteidigen soll, muß als Soldat Recht und Freiheit erleben.

Die Traditionspflege der Bundeswehr muß sich ausschließlich an demokratischen Vorbildern und an der Werteordnung des Grundgesetzes orientieren.

VII. Zivilschutz

Alle über den Katastrophenschutz hinausgehenden Zivilschutzmaßnahmen für den Kriegsfall, insbesondere für den Atomkrieg, sind einzustellen. Sie sind kein Beitrag zur Friedensbildung und würden im Ernstfall niemand schützen. Sie erwecken jedoch die Illusion eines solchen Schutzes und die Vorstellung, ein Krieg in Europa sei führbar, gewinnbar und überlebbar.

Gesetzgebungsvorhaben, die darauf abzielen, lehnen wir ab. Ebenso lehnen wir eine besondere Wehrgerichtsbarkeit ab.

VIII. Bewegung, die dem Frieden dient

Die Sozialdemokraten nehmen das Drängen der Friedensbewegung, die Fragen der Pazifisten und die Anstöße neuer sicherheitspolitischer Denkrichtungen auf. Sie sehen die Friedenssehnsucht älterer Menschen, die Weltkriege erlebt haben, und den Friedenswillen der jungen Generation als Ermutigung für die Politik der Sicherheitspartnerschaft an. Ebenso wie die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition wird auch eine neue Phase der Entspannungspolitik auf erhebliche Widerstände der Konservativen stoßen.

Zur Durchsetzung ihrer Friedenspolitik bedarf die SPD daher der breiten Unterstützung der Bevölkerung und aus der Friedensbewegung, aus Gewerkschaften und Kirchen. Dabei müssen es Partei und Friedensbewegung als selbstverständlich hinnehmen, daß nicht alle ihre Forderungen und Handlungsweisen übereinstimmen. Wo Zeichen des Friedens gesetzt werden, fühlen sich Sozialdemokraten auch dann ermutigt, wenn sie noch nicht wissen, ob und wie sie diese in praktische Politik umsetzen können. Dazu gehört auch die Verankerung der sozialdemokratischen Friedenspolitik, wie sie in dem gemeinsamen Dokument der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien der NATO-Staaten im November 1985 formuliert worden ist. Ohne den aktiven Einsatz der Mitglieder der SPD und ohne die Unterstützung vorparlamentarischer Bewegungen wird keine SPD-Regierung ihre Ziele verwirklichen können.

Soldaten und Kriegsdienstverweigerer, Politiker und Angehörige der Friedensbewegung verwirklichen gemeinsam ein Stück Frieden, so lange sie für die Fragen und Nöte des anderen offen sind und ihr Denken und Handeln am Ziel der Erhaltung und Gestaltung des Friedens orientieren. Es ist die Aufgabe der SPD als politische Partei, Friedenswillen in Friedenspolitik umzusetzen.

Herausgeber: Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information, 5300 Bonn 1
Druck: Druckhaus Koblenz — 9-86 — A1 — 60 — Bestell-Nr. 200 104 - ISSN 0170-007758